

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 73 (1995)
Heft: 4

Artikel: Ende des Sozialismus : warum eine Grundwertdebatte?
Autor: Spieler, Willy
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-341175>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Warum eine Grundwertdebatte?

Wäre der Sozialismus am Ende, dann wäre der Kapitalismus endlos, dann hätten auch die Grundwerte einer humanen Gesellschaft keine Chance mehr, verwirklicht

Willy Spieler

zu werden. Am Ende ist aber nicht *der* Sozialismus, sondern die Ideologie, die ihn für «real existierend» hielt. Nicht am Ende, sondern vielleicht erst am Anfang ist ein *ethischer Sozialismus*, der allzu lange im Namen des «wissenschaftlich» verstandenen Marxismus verdrängt wurde. Ich will diese Grundthese in sieben Punkten begründen, die zugleich die Grundwerte eines ethischen Sozialismus aufzeigen und entfalten sollen.

Abschied von «letzten Wahrheiten»

1. Der «wissenschaftliche Sozialismus», insofern er auf einem *historischen Materialismus* gründete, wurde nicht erst 1989 desavouiert. Die Geschichte hat sich auch nach 1917 nicht als objektiv vernünftig erwiesen. Die bürgerlichen Demokratien blieben beim Kapitalismus oder schlugen in Faschismus um. Trotz Oktoberrevolution kam nicht der Weltfrieden, sondern der Zweite Weltkrieg. In der Folge etablierte sich auf der einen Seite ein Sozialismus, der «real» nur in Ansätzen verwirklicht wurde – insofern er soziale Grundrechte auf Arbeit, Bildung, Wohnen, Gesundheit durchsetzte. Auf der anderen Seite entwickelte sich nochmals Kapitalismus, wenn auch sozial temperiert – was wiederum

eine Wirkung des «realen Sozialismus» oder der bürgerlichen Furcht vor ihm war. Der reale Sozialismus hatte nicht die Kraft, sich zu einem demokratischen Sozialismus zu entwickeln (wie im Prager Frühling 1968 intendiert). Er wurde 1989 überrollt durch den globalen und totalen Markt. Der Witz ist wahr: Dieser Sozialismus erwies sich als Umweg vom Kapitalismus zum Kapitalismus. Der «Sinn der Geschichte» konnte das nicht gewesen sein.

2. Der *Marxismus*, der nicht mehr auf die Vernunft in der Geschichte und nach dem «Abschied vom Proletariat» auch nicht mehr auf dieses als «Subjekt» seiner eigenen und erst noch einer gesamtgesellschaftlichen «Befreiung» setzen kann, ist selbst *utopisch* geworden. Er hat keinen Topos (Ort) mehr, der soziologisch verifizierbar wäre. Sein neuer Topos ist, wenn überhaupt, die Ethik, die lange verdrängte, die ihm seit Marx doch stets zugrunde lag – beim frühen Marx sich Geltung verschaffte im «kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist». ¹ Sozialismus als Wissenschaft musste untergehen, um dem Sozialismus als Ethik Platz zu machen. Oder mit Arnold Künzli gesagt: «Der Tod der Geschichtsphilosophie verweist allen Sozialismus zurück auf Ethik und Moral.» ²

¹ Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Einleitung, in: Frühe Schriften, Bd. 1, Stuttgart 1962, S. 489.

² Arnold Künzli, Sozialismus und Moral, in: Widerspruch, 12/86, S. 31.

3. Marxismus als *Methode* ist nach wie vor aktuell. Wie anders soll sonst die Entwicklung des Kapitals nach seinem Sieg im Kalten Krieg auf den Begriff gebracht werden? Wie anders analysieren wir eine Klassenherrschaft, die sich still und leise, über die anonymen Sachzwänge der Marktmechanismen, durchsetzt und umso perfekter funktioniert, je weniger mehr sie als solche empfunden wird? Wie anders konkretisieren wir die Grundwerte?

Marxismus als politische verbindliche Weltanschauung ist (oder war) dagegen eine *Form von Fundamentalismus*. Die Frage nach einer letzten Begründung des Politischen (auch der politischen Ethik) ist keine politische Frage, sondern verweist auf religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen. Diese sind politisch für niemanden verbindlich, sondern stehen unter der Obhut der Toleranz, die nun freilich alle verpflichtet. Es gibt weder eine «atheistische» noch eine «theistische», natürlich auch keine «christliche» Politik, es sei denn um den Preis der Unfreiheit für Andersgläubige oder Andersdenkende. Gerade darin liegt das Problem jedes Fundamentalismus (auch «christlicher» oder «atheistischer» Parteien), dass er diese Grenze zwischen Letztem und Vorletztem aufhebt.

Eine *laizistische Partei* hält sich an diese Grenze. Sie will, wie es das Godesberger Programm der SPD von 1959 formulierte, «keine letzten Wahrheiten verkünden – nicht aus Verständnislosigkeit und nicht aus Gleichgültigkeit gegenüber den Weltanschauungen oder religiösen Wahrheiten, sondern aus der Achtung vor den Glaubensentscheidungen des Menschen, über deren Inhalt weder eine politische Partei noch der Staat zu bestimmen haben». Dieser Laizismus ist nicht Ausdruck von Beliebigkeit, er verweist vielmehr auf Grundwerte, die, um verbindlich zu sein, keiner religiösen oder weltanschaulichen Legitimation bedürfen (obschon sie einer

solchen natürlich zugänglich sind, wie das Beispiel humanistisch, jüdisch oder christlich orientierter Parteimitglieder zeigt).

Grundwerte jenseits von «Links» und «Rechts»

4. Sozialistische Ethik rekurriert auf *Grundwerte*, die den Menschen menschlich bedeutsam sind. Sie sind das Ergebnis eines historischen Diskurses, der sich an den Grundbedürfnissen der Menschen und ihren Kontrasterfahrungen mit Abhängigkeit, Unterdrückung und Gewalt orientiert. Diese Grundwerte entziehen sich zunächst dem Links-Rechts-Schema. Sie eignen sich vielmehr, Linke und Rechte zu einem *Grundkonsens* zu vereinigen, innerhalb dessen erst «Links» und «Rechts» sich programmatisch ausdifferenzieren lässt. Es muss daher nicht befremden, wenn zum Beispiel in Deutschland 200 Jahre nach 1789 das neue Grundsatzprogramm der SPD «Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität» einklagt und sich dabei auf die bürgerlichen Trikolorewerte der Französischen Revolution «Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit» beruft. Oder wenn das Grundsatzprogramm der CDU von 1993 dieselben Grundwerte in der Reihenfolge «Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit» enthält.³

Der linke Rekurs auf Grundwerte, die auch für ein liberales und soziales Bürgertum wegleitend sind, ist erst noch von besonderer Bedeutung in einer Zeit, in der sowohl ein *neokonservatives* als auch ein *neoliberales Bürgertum* damit beginnen, diesen Konsens durch konkurrierende Wertvorstellungen zu unterlaufen: im einen Fall durch «Nation» bzw. «unabhängige und

³ Der ursprüngliche Entwurf wollte sogar die «Gleichheit» als vierten Grundwert ins Programm aufnehmen. Schliesslich wurde sie der «Gerechtigkeit» subsumiert. Zur Beruhigung der NZZ, die damals schrieb: «Eine momentane Geistesverwirrung während der Programmdiskussion, die in diesem Punkt geradezu die Sozialdemokratie übertrumpfen wollte, ist damit ad acta gelegt» (NZZ, 8.10.93).

Marxismus als politisch verbindliche Weltanschauung ist (oder war) dagegen eine Form von Fundamentalismus.

neutrale Schweiz», im andern Fall durch «Marktwirtschaft pur» bzw. «Deregulierung» und «Privatisierung» um jeden Preis.

5. Allerdings haftet der Einteilung der Grundwerte nach «Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität» etwas Willkürliches an, indem hier Ordnungs- und Aktionsprinzipien vermengt werden. So ist insbesondere «Solidarität» kein eigentlicher Grundwert, sondern eine – allerdings zentrale – Forderung, Grundwerte zu verwirklichen. Solidarität praktizieren heisst, mit den Benachteiligten und Abhängigen um Grundwerte kämpfen, die ihnen, den Benachteiligten und Abhängigen, vorenthalten werden, setzt also diese Grundwerte voraus, ohne selber zu ihnen zu gehören. Ich bevorzuge daher eine andere Skala von Grundwerten, die einerseits Ordnungsprinzipien sind und andererseits den gesellschaftlichen Grundkonsens nicht weniger für sich beanspruchen dürfen: «Menschenwürde», «Freiheit», «Partizipation», «Schöpfung» bzw. «Natur», «Friede».

Sozialistische Konkretisierung

6. Die Grundwerte haben zwar nichts spezifisch «Sozialistisches» an sich, aber der Sozialismus kann sie nicht entbehren, wenn er für sich eine ethische Begründung sucht. Für den demokratischen Sozialismus spezifisch werden diese Grundwerte erst durch ihre Konkretisierung im Kontext einer bestimmten (marxistischen, feministischen, ökologischen usw.) *Analyse und Parteinahme*. Eine Analyse gesellschaftlicher Realitäten ist nie wertfrei oder unparteiisch. Sie kann mehr «funktionalistisch» vorgehen und nach den Bestandesvoraussetzungen der bestehenden Gesellschaft fragen. Oder sie kann «dialektisch» auf den Widersprüchen innerhalb dieser Gesellschaft (und ihrer Werte) insistieren. Im ersten Fall folgt die Analyse einem Blickwinkel «von oben», im zweiten Fall

einem solchen «von unten».⁴ In beiden Fällen werden dieselben Grundwerte zu unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Konkretisierungen führen.

6.1. Der zentrale Grundwert aller Politik ist die *Menschenwürde*. Sie verliert heute auch im bürgerlichen Verständnis mehr und mehr ihre Unantastbarkeit, wie die nationalistische, ja rassistische Ausgrenzung von Personen aus dem Ausland (Zwangsmassnahmen, Dreikreismodell usw.) zeigt. Dieser Grundwert ist aber auch im linken, vor allem marxistischen Diskurs lange zu kurz gekommen. Wer sozialistische Positionen «personalistisch» begründen wollte (Cohen, Buber, Ragaz, Mounier), machte sich verdächtig, letztlich doch nur in einem kleinbürgerlichen Idealismus, gar Individualismus befangen zu sein, statt sich den vorrangigen Forderungen des Klassenkampfes unterzuordnen – eine Auffassung, die diesen gerade seinem Ziel entfremden musste. Vertan wurde damit die Chance einer sozialetischen Begründung des Sozialismus, die den Menschen in den Mittelpunkt gestellt und nicht durch schiere Machtinteressen instrumentalisiert hätte.

Natürlich genügt es nicht, von der menschlichen Person als Mittelpunkt und Ziel des Politischen auszugehen, hinzu kommen muss die Analyse der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die diesem Grundwert entgegensteht. So viel ist klar: Die Achtung vor der Menschenwürde verträgt sich vor allem nicht mit einem *Neoliberalismus*, der Markt und Profit in den Mittelpunkt stellt und der daher auch aus einer wertkonservativen Optik als Materialismus, ja als «Götzendienst»⁵ verurteilt wird.

⁴ Vgl. Clodovis Boff, *Die erkenntnistheoretischen Grundlagen der Theologie der Befreiung*, Mainz 1983, S. 114.

⁵ Zum Beispiel: Enzyklika «*Sollicitudo rei socialis*» vom 30.12.87, Nr. 37.

So ist insbesondere «Solidarität» kein eigentlicher Grundwert, sondern eine – allerdings zentrale – Forderung, Grundwerte zu verwirklichen.

Eine der wichtigsten Konsequenzen aus dem Grundwert der Menschenwürde ist der *Vorrang der Arbeit* vor dem Kapital. Gehört Arbeit zur Selbstverwirklichung des Menschen, dann rangiert Arbeit als personaler Faktor höher als Kapital, das bloss ein instrumentaler Faktor der Wirtschaft sein kann. Massenarbeitslosigkeit, während die Unternehmensgewinne explodieren, Entlassungen, die zum einzigen Zweck vorgenommen werden, den Profit zu steigern, ein Kampf um nationale Standortvorteile zulasten der Arbeitenden aller Länder – dies alles verträgt sich nicht mit einer personalistischen Begründung der Arbeit.⁶

Der Vorrang der Arbeit vor dem Kapital bleibt auch solange unabgegolten, als in der Wirtschaft die bestimmende Rolle dem Kapital und nicht der Arbeit zukommt. Gemessen an diesem Vorrang der Arbeit wäre Mitbestimmung, selbst paritätische, nur eine bescheidene Forderung. Der Vorrang der Arbeit vor dem Kapital zielt weiter in Richtung *Wirtschaftsdemokratie*, Selbstbestimmung und Selbstverwaltung der Arbeit, konkretisiert sich daher zu einer sozialistischen Forderung. Auch zu einer feministischen, wenn anders Frau und Mann sich gleichberechtigt in Produktions- und Reproduktionsarbeit teilen sollen.

6.2. Für die bürgerliche Ideologie folgt aus der Menschenwürde eine verkürzte Form der *Freiheit*, die um Privateigentum und Wirtschaftsfreiheit zentriert bleibt. Ein ethisch begründeter Sozialismus sollte dagegen die *ideellen Freiheiten* und ihren Vorrang gegenüber diesen materiellen Freiheiten betonen, zum Beispiel die Pressefreiheit einer Redaktion gegenüber der Handels- und Gewerbefreiheit des Verlegers oder die Meinungsäusserungsfreiheit der Arbeitenden gegenüber der Kündigungsfreiheit der Arbeitgeber.

⁶ Vgl. Arthur Rich, *Wirtschaftsethik*, Band 2, Gütersloh 1990, S. 84ff.

Die *Eigentums- und Wirtschaftsfreiheit* wären in sozialistischer Perspektive allerdings nicht aufzuheben, sondern zu verallgemeinern, damit sie den Charakter von Privilegien verlieren und wirklich zu Menschenrechten werden. Eigentumsfreiheit sollte nicht einige wenige, sondern möglichst alle Menschen in die Lage versetzen, Vermögenswerte zu erwerben, nicht um andere Menschen auszubeuten, sondern um eine ökonomische Basis für Selbstverwirklichung und Unabhängigkeit, auch für den kritischen Gebrauch der Grundfreiheiten zu erlangen. Desgleichen wäre die Wirtschaftsfreiheit aus dem heutigen Privileg für «Selbständigerwerbende» in ein Freiheitsrecht für alle arbeitenden Menschen überzuführen. Sie an der Wirtschaftsfreiheit beteiligen aber hiesse, ihnen eine wirtschaftliche Mitbestimmung in Betrieben und Unternehmungen einzuräumen. Die Wiederbelebung der Mitbestimmungsdiskussion wäre überhaupt ein wichtiger Bestandteil jeder linken Grundwertedebatte.

6.3. Statt von «Gleichheit» oder «Gerechtigkeit» sollten wir präziser von «*Partizipation*» oder «gleichen Partizipationschancen» sprechen. Was Partizipation in einem Land wie der Schweiz bedeutet, wo 2 Prozent der Bevölkerung über soviel Vermögen verfügen wie die restlichen 98 Prozent zusammen, ein Zehntel unter die Armutsgrenze fällt, sieben von zehn Personen nicht in der eigenen Wohnung leben, neun von zehn für fremdes Kapital arbeiten usw., ist offenkundig. Partizipation erstreckt sich nebst der Teilnahme an ökonomischen Entscheidungen auf die Teilhabe an Bildung, Arbeit, Wohnen, Gesundheitsvorsorge sowie an Gewinn und Eigentum. Das Partizipationsprinzip verlangte heute vor allem eine Diskussion über Miteigentum von Lohnabhängigen. Miteigentum wäre insbesondere dort einzuführen, wo Kapitalbildung durch Selbstfinanzierung erfolgt, da sonst den arbeitenden Menschen der gerechte Anteil

Eine der wichtigsten Konsequenzen aus dem Grundwert der Menschenwürde ist der Vorrang der Arbeit vor dem Kapital.

am reinvestierten Gewinn vorenthalten wird (Investivlohn).

Partizipation gilt *für alle*, für Frauen wie Männer, für die Menschen in den Industriestaaten und in der Dritten Welt, aber auch für die kommenden Generationen. Teilhabe und Teilnahme gibt es in der heutigen Weltsituation nur, wenn die Privilegierten bereit oder im (schon längst eingetretenen) Notfall gezwungen sind, mit den Benachteiligten zu teilen. Was das in einer Welt heisst, in der eine Milliarde Menschen hungern und weder lesen noch schreiben können, ist die Frage, auf die wir politische Antworten im Weltmassstab suchen müssen.

Arbeit, die sich von einer Produktivkraft in eine Destruktivkraft verwandelt, zerstört nicht nur die Würde der Schöpfung, sondern auch die Würde der Arbeitenden selbst.

6.4. Der Mensch ist nicht die «Krone der Schöpfung», die ihn legitimieren würde, die *Natur* auszuplündern. Diese hat ihren *Eigenwert*, der mehr ist als ein Instrumentalwert im Dienste ökonomischer Interessen. Dieser Eigenwert verlangt einen partnerschaftlichem Umgang und damit auch einen neuen Arbeitsbegriff. Arbeit muss wirklich wieder «Stoffwechsel mit der Natur» (Marx) oder «Vollendung des Schöpfungswerkes» (II. Vatikanisches Konzil) werden. Sinnvoll und zu verantworten ist nur eine Arbeit, welche die natürlichen Lebensgrundlagen erhält und erneuert, statt sie durch Grosstechnologien (AKWs, Rüstungsproduktion, Agrochemie, Autobahnen usw.) zu zerstören. Arbeit, die sich von einer Produktivkraft in eine Destruktivkraft verwandelt, zerstört nicht nur die Würde der Schöpfung, sondern auch die Würde der Arbeitenden selbst. Diese sinnvolle Arbeit wäre erst noch gerecht zwischen Arbeithabenden und Arbeitslosen, aber auch zwischen Frau und Mann zu verteilen. Hier müsste die ethische Begründung einer massiven Arbeitszeitverkürzung ansetzen.

6.5. *Friede*, verkürzt auf «Sicherheitspolitik», stützt sich auf Waffen statt auf deren Konversion zu «Pflugscharen». Selbst

«kollektive Sicherheit» im Rahmen der UNO-Charta ist fragwürdig geworden. Friede darf jedenfalls nicht nur negativ verstanden und auf blosser Abwesenheit von offener Gewalt reduziert werden. Der Friede, der mehr sein soll als die Negation von Gewalt, der «positive Friede» also setzt die Verwirklichung aller anderen Grundwerte voraus. Insofern ist eine Halbierungsinitiative zwar ein kleiner Fortschritt, aber letztlich auch nur eine «halbe Sache». Insofern ist der Friede eine dauernde Aufgabe, ein Prozess – wie der Sozialismus selbst.

Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus

7. Die Grundwertedebatte ist nicht nur für die sozialistische Identität von Bedeutung. Um die Grundwerte, die der innerstaatlichen wie der überstaatlichen Verwirklichung bedürfen, geht es auch in der Auseinandersetzung mit dem *Neokonservatismus*, der sich der Öffnung unseres Landes gegenüber Europa und der Völkergemeinschaft verweigert und der auch die Menschenrechte an nationalistische Auflagen knüpft, wie die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht oder die Diskussionen um das Ausländerstimmrecht zeigen.

Weniger offenkundig und darum nicht weniger gefährlich ist die Bedrohung der Grundwerte durch den totalen Markt des Neoliberalismus. *Markt* ist kein Grundwert, sondern allenfalls (wie Kapital) ein Instrumentalwert, ein Mittel zur Verwirklichung des Gemeinwohls, dieses verstanden als Gesamtheit der Grundwerte. Der Neoliberalismus, ausgehend von den Theorien eines Friedrich August von Hayek, anerkennt diese Unterordnung des Marktes unter das Gemeinwohl nicht. Seine Ethik reduziert sich auf Respekt vor Eigentum und Vertragstreue, also auf Regeln marktkonformen Verhaltens. Es gibt für diesen Neoliberalismus keine Sozial-

ethik, keine sie leitenden Grundwerte. Es meinte schon Hayek, «dass eine soziale Marktwirtschaft keine Marktwirtschaft, ein sozialer Rechtsstaat kein Rechtsstaat, ein soziales Gewissen kein Gewissen, soziale Gerechtigkeit keine Gerechtigkeit», ja «soziale Demokratie keine Demokratie ist».⁷ Diese Anti-Ethik der Marktwirtschaft pur ist übrigens mit ein Grund dafür, dass neoliberale Kräfte die Trennung der Kirche vom Staat betreiben. Sie wollen damit eine Instanz schwächen, die im Namen der Sozialethik den Markt am Gemeinwohl misst und begrenzt. Wiederum war es Hayek, der an den Kirchen kritisierte, sie hätten «das Ziel der «sozialen Gerechtigkeit» zu einem Teil ihrer offiziellen Lehre gemacht»⁸.

Es gibt auch einen *Fundamentalismus des Marktes*, der wie jeder Fundamentalismus seine Normen oder Gesetze verabsolutiert und über die Grundwerte stellt. Der Wirtschaftsredaktor der NZZ nimmt jedenfalls Abschied von der «bequemen» (immerhin noch von Hayek vertretenen) These, «Marktwirtschaft und Demokratie gehörten zusammen wie Zwillinge». Chile, das «seinen Weg zu Marktwirtschaft und Wachstum einer brutalen Diktatur» verdanke, gilt ihm als «wirtschaftspolitischer Modellfall» (NZZ, 11./12. 1. 1992). Freie Marktwirtschaft bricht «notfalls» auch die Regeln der Demokratie.

⁷ Wissenschaft und Sozialismus, Tübingen 1979, S. 16.

⁸ Recht, Gesetzgebung und Freiheit, Bd. 2, Landsberg am Lech 1981, S. 97.

Demgegenüber hat der Begründer der *Sozialen Marktwirtschaft*, Alfred Müller-Armack, nicht nur vor dieser Anti-Ethik gewarnt, sondern auch vor dem «verhängnisvollen Irrtum, der Automatik des Marktes die Aufgabe zuzumuten, eine letztgültige soziale Ordnung zu schaffen». Der Markt sei kein «Vollautomat», sondern lasse sich nur mit «einem der Bedienung und Steuerung bedürftigen Halbautomaten vergleichen».⁹ Dieses Konzept der Sozialen Marktwirtschaft war an den Grundwerten orientiert und der Sozialethik verpflichtet. Deshalb wird Müller-Armack neuerdings von der NZZ auch der «Mitverantwortung» am Sozialstaat und an dessen «sozialen Entgleisungen» (19. 5. 95) bezichtigt...

Der neoliberalen Herausforderung, die erst heute, im konkurrenzlos gewordenen Weltkapitalismus, ihren Zenit erreicht, kann die Linke nur begegnen, wenn sie die Grundwertedebatte nicht länger vernachlässigt. Eine sozialetisch argumentierende Linke wird erst noch neue gesellschaftliche Kräfte ansprechen, die in der Politik mehr als nur einen Kampf um materielle Interessen sehen und auch diesen Kampf an Grundwerten messen.

⁹ Alfred Müller-Armack, *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft*, Hamburg 1947, S. 85, 94.

Willy Spieler ist Redaktor der religiös-sozialistischen Zeitschrift «Neue Wege» und Zürcher SP Kantonsrat.